

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Sonabend den 27. Juli 1895.

Anzeigen-Preis

Die 6spaltige Zeile 20 Pfg. Reclame unter dem Redactionsdruck (4spaltig) 30 Pfg., vor den Familienanzeigen (6spaltig) 40 Pfg.

Extra-Beilagen (gratis), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Beilagenbeilage 10 Pfg., mit Beilagenbeilage 15 Pfg.

Annahmestellen für Anzeigen: (nur Wochentags) Abend-Ausgabe: Sonnabend 10 Uhr. Morgen-Ausgabe: Sonnabend 4 Uhr.

89. Jahrgang.

Bezugs-Preis

In der Hauptexpedition oder bei den im Stadtgebiet und den Vororten vertriebenen Verkaufsstellen abgeholt: Vierteljährlich 4.50, halbjährlich 8.50, jährlich 16.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich mit Ausnahme nach Feiertagen von 1/7 Uhr, die Abend-Ausgabe Dienstag 5 Uhr.

Redaktion und Expedition: Johannisstraße 8. Die Expedition ist Wochenlang ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen: Otto Kiemm's Cortin. (Alfred Gahn), Hauptstraße 1, Louis Völske, Reichenstraße 14, part. und Königsplatz 7.

№ 360.

Bestellungen auf Reiseabonnements nimmt entgegen und führt für jede beliebige Zeitdauer aus die Expedition des Leipziger Tageblattes, Johannisstraße 8.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die Verfassung einer Klasse 2. Klasse in der Eisenstraße von der Johannisstraße bis zum Windmühlengraben soll an einen Unternehmer vergeben werden.

Des Rathes der Stadt Leipzig Straßenbauabtheilung.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit der §§. 2 und 7 des Regulativs für Gewerbe- und Gewerbetreibenden in Bezug auf die Gewerbe- und Gewerbetreibenden soll der Herr Paul Lux, Köhlerstraße Nr. 8, zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns zugelassen werden.

Des Rathes der Stadt Leipzig.

Erledigt.

hat sich unsere Bekanntmachung vom 13. huj., betreffend den Entfall des Herrn Paul Lux, Köhlerstraße Nr. 8, erledigt.

Des Rathes der Stadt Leipzig, Archiv-Abth. II.

Es wird am Besten des Schiedsmannes Hermann Göttsche, geboren am 18. Juni 1831 zu Rostock, i. H. unehrenhaften Ausstufung, und Abweisung derselben ins nächste Amtsgerichtsgebiet, befristet die Vollziehung einer 1jährigen Haftstrafe ergehen.

Höchliches Amtsgericht, Schiedsmann.

Welder auf Grundhütte bei vollständiger Einrichtung des größten Capitales auch zu billigeren Preisen steht aus die Kädtische Sparcasse Halle'stein.

Die Lage des deutschen Handwerks.

Die Grenzen der Concurrenz des Großbetriebs und Mittel zur Verbesserung der Lage des Kleinhandwerks. A. In einem der interessantesten Beiträge zu dem Werke des Vereins für Socialpolitik, in dem Aufsatz von Dr. Bröckle über das Berliner Tapezierergewerbe, wird der Unterschied zwischen dem kapitalistischen, hauptsächlich Großbetrieb und dem handwerksmäßigen Betriebe klar und treffend gekennzeichnet.

Tapezierergewerbe, ist der handwerksmäßige Betrieb geblieben. Allerdings hat sich hier der Kampf zwischen Großbetrieb und Kleinbetrieb stark entwickelt. Der Großbetrieb hat in diesen Betrieben für sich noch den besondern Vortheil, daß er sich jenseit mit dem Kleinbetriebe zu gemeinsamen Leistungen verbindet, das gilt ganz besonders von dem Tapezierergewerbe, wo die Großbetriebe fast ausschließlich in einer bestimmten geschäftlichen Verbindung mit Kleinbetriebe und Bauunternehmern stehen.

Sind so dem Großbetriebe gewisse Schranken gesetzt, so giebt es auch noch eine Anzahl von Mitteln einseitig, um das Kleinhandwerk wirthschaftlich zu fördern, andererseits, um ihm eine größere Ausbeutung seines Arbeitsfeldes zu verschaffen. Freilich, eins der am meisten ansehnlichsten Mittel, der gewerkschaftliche Zusammenschluß, zeigt nach den Ergebnissen des Werkes manche Mängel. Von einigen der Vortheile der einzelnen Kassen wird zwar die Bildung von Rohstoffeinkaufsgewerkschaften dringend empfohlen, aber dergleichen Weise jenseit an Orten, wo bisher Versuche damit noch nicht gemacht worden sind.

Ein wesentlich wirksames Mittel wären Creditkassen-gewerkschaften. Diese Gewerkschaften bestehen zwar zum Theil schon, der Creditnachfrage ist aber meist ein geringer, sich auf wenige tausend Mark beschränkt. Es ist zu auch ganz klar, daß die Handwerker bei ihrer gedrängten Lage, selbst wenn sie sich corporativ zusammenschließen, nicht soviel zusammenbringen können, um die einzelnen Mitglieder wirksam in dem Kampfe gegen die kapitalistischen Unternehmungen unterstützen zu können.

Freilich wäre es verfehlt, wenn Mittel, die der Gemeinschaft gehören, zu solchen Zwecken verwendet würden. Klugheit aber wäre es, gegen Kapitalismus und Capitalistenstand da anzukämpfen, wo ihnen der Sieg bereits gebührt, und wo er sich in der Zukunft noch stärker geltend machen wird. Es ist ein Vorzug des Wertes des Vereins für Socialpolitik, daß in den meisten Abhandlungen in dieser Hinsicht keine falschen Illusionen erweckt oder erpalten werden. Es wird im Gegentheile überall mit Offenheit dargelegt, daß auf einzelnen Gebieten ein Kampf überhaupt nicht mehr möglich ist; auf anderen die Inbegriffe des Handwerkerstandes einen großen Theil der Schuld trägt. Es wird dabei ein großer Werth auf die Erziehung des Handwerkerstandes zu legen sein. Aus den meisten Berichten geht hervor, daß die Männer mit geistlichen Kenntnissen in ihrem Fache gut vorwärtskommen. So geht der Bericht über das Düsselberger Schloßergewerbe hervor, daß die Qualität der Werkzeuge jenseit bestimmend für die Größe des Absatzes sei, die Qualität aber wieder durch das individuelle Können des Meisters bestimmt würde, während leistungsfähige Meister schon dadurch Schaden litten, daß sie beim Einkauf den betrügerischen Manipulationen der Verkäufer anheimfielen.

Diese sachverständigen Kenntnisse sind am so notwendiger, als — wie schon erwähnt — die Gegenwart den Zug zur Individualisierung und Specialisierung zu zeigen beginnt. Die letztere wird auch gerade durch den massenhaften Betrieb und die Arbeitvertheilung zu einer Nothwendigkeit gemacht. Es wird der Zukunft für neue Stellungen von Handwerker-

betrieben eine breite Basis bilden. Die Aussicht auf bessere Zustände ist also gegeben. Aber eine der Hauptbedingungen dafür wird sein, daß das Handwerk sich auf diese Basis zu stellen vermag. In der gegenwärtigen Uebergangszeit wird es Aufgabe der gewerkschaftlichen Tätigkeit sein, die ältere Generation gegen die Ansprüche des kapitalistischen Betriebes möglichst zu schützen, Sache der Verwaltungstätigkeit, einerseits die jüngere Generation für die Erwerbsthätigkeit, die veränderte Lage an ihr Können stellt, vorzubereiten, andererseits die Mittel bereit zu halten, um wichtige Handwerker in ihrem Beruf einzuführen und sie den Kampf, den sie darin zu führen haben, mit Erfolg bestehen zu lassen.

Deutsches Reich.

Leipzig, 26. Juli. Das Reichsgericht hat entschieden, daß die auf Grund des Socialistengesetzes im Jahre 1884 vom Reichsamt für Socialdemokratische Druckerei "Silesia" in Breslau mit Recht confiscirt worden sei.

Berlin, 26. Juli. Die "Berl. Volk. Nachr." schreiben: In einigen Kreisen wird es als ziemlich sicher angesehen, daß der im November 1892 dem Reichstage schon einmal vorgelegte Entwurf über das Auswanderungsgesetz in der nächsten Tagung wieder erscheinen werde. Wenn man sieht, daß diese Kreise in den Entwurf gern die Regelung colonialer Materie gebracht sehen möchten, so wird man schon daran erkennen, daß der Wunsch der Vater des Gesetzes der Einbringung in der nächsten Tagung ist. Es darf aber verneint werden, daß gegenwärtig, wie es auch nur natürlich ist, über den Reich der für die nächste Tagung dem Reichstage vorgelegten Entwurf noch nichts feststeht. Sicher ist nur, daß der Plan der Herstellung eines Auswanderungsgesetzes nicht aufgegeben, daß an dem Entwurf von dem letzten und seit der Tagung von 1892/93 gearbeitet ist und daß, falls die inzwischen verflochtenen Tagungen mit gegenwärtigem Material nicht so stark belastet gewesen wären, wie sie es thatsächlich gewesen sind, der Auswanderungsgesetzesentwurf schon von Neuem dem Reichstage beschickt hätte. Niemand kann man genau erkennen, von welcher Beziehung die Vorlegung des Entwurfes in der kommenden Tagung abhängig ist. Wenn übrigens in dem erwähnten Zeitungsmittelbeilage die Sachlage so dargestellt wird, als hätte der frühere Entwurf die colonialen Seite überhaupt nicht berücksichtigt, so hat doch darauf hingewiesen werden, daß der Entwurf Bestimmungen enthält, nach denen die Auswanderung nach bestimmten Ländern und Landtheilen durch Verlegung der betreffenden Concessionen an die "Unternehmer", soweit diese Auswanderungsgesetzen in Betracht kommen, verboten werden könnte. Es würde damit also das Mittel für eine active Auswanderungspolitik und damit auch das für eine größere Berücksichtigung anderer Colonien gegeben werden. Es ist selbstverständlich, daß die Anregungen, welche von colonialer Seite zur Umgestaltung des früheren Entwurfes gegeben sind, in Erwägung gezogen werden. Man würde aber irren, wenn man annähme, daß solche Anregungen nur von der genannten Seite gekommen sind. Von den verschiedensten Seiten hat die mit der Bearbeitung der Materie betraute beherrschende Stelle Vernehmungsvorschläge unterbreitet erhalten. Namentlich hat die Berücksichtigung der Auswanderungswilligen zur Anmeldung bei der Polizeibehörde, die Frage der Errichtung von Auswanderungsbüros, die Abänderung des Gesetzes über den Erwerb und Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit nach der Richtung eines besseren Zusammenhanges der Auswanderer mit dem Vaterlande, die reine reichsbeherrschende Organisation der Auswanderungsbüros u. d. m., Veranlassung zur Darlegung von Wünschen gegeben. Namentlich sind auch alle diese Wünsche in Erwägung gezogen worden. Wenn thatsächlich beschlossene würde, das Auswanderungsgesetzesentwurf in der nächsten Tagung wieder an den Reichstag zu bringen, so würde es sich nach dem Stande der Vorarbeiten ausweiser ermöglichen lassen, ihn in kürzerer Zeit zu dieser Vorlegung fertig zu stellen.

Berlin, 26. Juli. Wie schon in Kürze gemeldet worden ist, haben die Stadtverordneten in München, die sämtlich mit einer einzigen Ausnahme katholisch sind, den dortigen Dompfaff zu einem Denkmal für den "weisslichen Bauernkrieg", den jüngst verstorbenen Freiherren v. Schorlemer-Kitt, verweigert. Das ist um so auffälliger, als es nicht um ein von der Stadt zu erwerbendes Denkmal sich handelt, sondern um dasjenige, welches der weltliche Bauernverein seinem Gründer und langjährigen Führer aus eigenen Mitteln (für 25000 Mark) setzen will. Der Magistrat hatte den Antrag der Denkmals-Kommission des Weisslichen Bauernvereins, die Aufstellung auf dem Dompfaff, an dem auch das Provinziallandeshaus liegt, befristet, indem hatte sich hiermit die Rechnungs-Kommission, das ist der ständige Ausschuss der Stadtverordneten, nicht einverstanden erklärt; derselbe schlug vielmehr vor, mit dem Bauernverein in Verbindung zu treten, um einen anderen Platz in der Stadt München für das Denkmal auszusuchen. Als Gründe für die Verweigerung des Dompfaffes wurde in der Besprechung geltend gemacht, daß der bereits dort stehende Denkmal des früheren ministerialen Ministers v. Fürstberg durch ein zweites Denkmal beeinträchtigt würde und daß man dem letzteren nicht einige der dem Dompfaff stehenden Räume opfern würde, welche, deren Eigenschaft von dem einen Theile der Mitglieder bestritten wurde. Es wurde deshalb von Professor Dr. König der Vermittlungsentwurf gestellt, den Dompfaff nicht direct auszusuchen, sondern einen Ausschuss zu wählen, der wegen der Platzfrage mit dem Bauernverein unterhandeln solle. Der Antrag scheiterte dadurch, daß von den 25 anwesenden Stadtverordneten 13 für den Antrag der Rechnungs-Kommission sich entschieden. In der Besprechung wurde noch Folgendes geltend gemacht: Dr. med. Waldmann meinte fragen zu müssen, welche Verdienste Herr von Schorlemer-Kitt sich erworben habe, daß ein Denkmal für ihn in München rechtfertigt. Ein Handwerker, Tischlermeister Wertens, schiedene Herrn v. Schorlemer-Kitt als Feind des Handwerks. Dagegen wurden von anderer Seite

(Prof. Dr. König, Justizrath Meyer, Kaufmann Davidfeld-Hartmann) die Verdienste Schorlemer um Staat und Kirche, namentlich um die heimische Provinz, voll anerkannt, und auch der einzige Protestant in der Versammlung, Reiner Junfermann, bekannte sich zu der Ansicht, daß für das Schorlemer-Denkmal der Dompfaff in erster Linie in Betracht kommen müsse. — Der in Wahrheit für das ablehnende Votum der Majorität den Ausschlag gebende Grund ist natürlich nicht offen ausgesprochen worden: freilich von Schorlemer-Kitt, der Bezirksvorsteher der letzten Ministerialwahl, ist, um es kurz zu sagen, den centromittleren Verren in München nicht schmerz genug, um auf dem Dompfaff ein Denkmal zu verdienen.

Der vorjährige Ehrliche Studentencongreß hatte beschlossen, die nächste Zusammenkunft am Schloß Sommerseifers 1895 in Halle abzuhalten. Das mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragte Comité hat jedoch sich entschieden, die Wiederholung des Congresses auf die Pfingstwoche des nächsten Jahres zu verschieben und als Congreßort eine Stadt Thüringens in Aussicht zu nehmen.

Ueber Reformvorhaben in nächsten preussischen Einkommensteuern macht die "Volkstg." einige Mittheilungen. Sie will wissen, daß die geplanten Reformen in den Einnahmen für die bevorstehende Medicinalreform ansehnliche Summen mehr in dem Etat einzuführen sein. Dazu können die ersten Kosten für die Neubauten der Charité-Erblich werde das Lehrerbildungs-gesetz erhebliche Vorarbeiten nötig machen.

Mitau, 25. Juli. Vom Commerciumcollegium in Mitau wird der Plan eines Rüssen-Canals berichtet, der die Stromschnellen der Emba und Tisza verbindet und damit die nordwestlichen Abflussstellen, sowie namentlich den Verkehr von Rüssenland-Weisfalen der mittlere des Tisza-Trave-Canals an die Ostsee anschließen soll. In Oldenburg hat sich jüngst auch der Verband der Handels- und Gewerbe-Vereine für das Projektum Oldenburg mit dieser Frage beschäftigt und beschlossene, entsprechende Anträge an die Landesregierung zu richten. Für Preußen legt man diesem Canal besold. große Wichtigkeit bei, weil man meint, daß allein durch ihn die englische Kohle zu verdrängen sein würde. Nach Hamburg würde außerdem die Entfernung um 300 km abgerollt werden, sie beträgt durch den Mittelaltcanal 750 km, durch den Rüssen-canal 450 km. Das Project will den Verkehr vom Dortmund-Canal durch den Punkte-Canal, durch die corrigierte Punkte nach der Weser, nach der Elbe und nach der Ostsee dirigieren. Die Kosten sind auf rund 7 000 000.- veranschlagt, die eben, zwischen Oldenburg, Preußen, Bremen und Hamburg zu theilen wären. (S. 3)

Wien, 25. Juli. Welche Freude die Veranstalter polnischer Kindererlebe verfolgen, erzählt aus nachfolgendem Bericht, das bei solchen Gelegenheiten von Kindern declarirt wird:

"Ich bin ein polnisches Kind; ich brauche nicht erlösen, Wehr mir Gott den Antheil bestimmt hat; Wehr mir unter der fremden Haut und Geißel stehen, Wehr mir vor der Welt verurtheilt sein."

"Ich bin ein polnisches Kind; ich werde die Grausamkeit überleben; Doch endlich einmal will unser Märtyrerkönig erben, O, unser heiliges Volk, wir Christen nicht zu segnen!"

In dem "Berl. N. N." wird hierzu treffend bemerkt, daß es mit dem Heute spielen heißt, wenn man die Erziehung der polnischen Massen durch solche aufreizende Elaborate als harmlos beschließt.

München, 25. Juli. Während die "Münchener Post", das von Bollmar inspirirte Hauptorgan der bayerischen Socialdemokratie, ebenso wie die "Gillenberger" die "Fränk. Tagespost" sich nach wie vor in Schwärmen über das Agrarprogramm äußern, hat der Führer der hiesigen Socialdemokraten kürzlich über das Programm gesprochen. Seine Ausführungen sind insofern von Interesse, als sie die erste bayerische Stimme sind. Herr Breder ist aber ein energischer Gegner des neuen Programms; die socialdemokratische "Volkstimme" berichtet darüber:

"Die Meinung des Redner geht dahin, daß die Vorschläge in ihrer Gesamtheit nie und nimmer angenommen werden können, weil sie zum Theil in der dringenden capitalistischen Weltanschauung sind und andererseits die principielle Grundfrage des ersten Theiles des jetzigen Programms außerordentlich mildernd machen würden. Sollte das Ministerium auch in der Handhabung leichtfertig werden, so dürfte der gewerkschaftliche Kampf nicht beeinträchtigt werden, welche Gefahr durch die Annahme der Vorschläge thatsächlich entsteht. Man könne nicht in einem Theile des Programms die Freiheit, in der der Mittelstand in der Landwirtschaft noch Schicksalskämpfer "hört". Befreiung sei, zu verlangen suchen und dadurch den Capital das Ausbeutungsgelbte länger in seinen Klauen lassen und im anderen Theile sagen: "Die gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten arbeitenden Volkstheiles, das unter den heutigen Verhältnissen leidet. Aber so kann nur das Werk der Arbeiterschaft sein, weil auf anderen Klassen, trotz der Interessenverhältnisse unter sich, auf dem Boden des Schicksalskampfes an Produktionsmitteln haben und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben." — Die socialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Rechte, sondern für die Befreiung der Arbeiterklasse und der Arbeiter selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten. Aber ohne Unterlass bei dem Gedanken und der Abhängigkeit. Von diesen Anschauungen ausgehend, schließt sich in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Arbeiterklasse und Unterbreitung der Lohnarbeit, sondern jede Ausbeutung und Unterbreitung, nicht so sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse. (Beifall.)"

In Augsburg will man also von einem opportunistischen Programm nichts wissen.